

## NEUE OBERSTUFE

## Politisch-geographische Schulbildung auf dem Abstellgleis

*In Zeiten eines beschleunigten technischen und gesellschaftlichen Wandels, globaler Umweltkrisen und erodierender Demokratien nimmt die Bedeutung der politischen und geographischen Bildung zu. Deshalb ist eine Stärkung der gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer dringend geboten.*

Mit dem neuen Konzept für die gymnasiale Oberstufe soll es mehr Qualität, mehr Flexibilität und mehr Raum für individuelle Begabungen beim Abitur geben. So lautet die Ankündigung der Landesregierung, die mit der Neuausrichtung der Oberstufe einen „Beitrag zur Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg“ leisten will. Diese Reform hat allerdings durch den verstärkten Fokus auf die Naturwissenschaften versäumt, auf die gewachsenen Anforderungen politischer und geographischer Bildung zu reagieren.

Die globale Entwicklung stellt die Menschheit in vielerlei Hinsicht vor komplexe Herausforderungen. Um den Fortbestand der Demokratie zu sichern und den gesellschaftlichen Frieden zu gewährleisten, gilt es, Lösungsansätze für die zahlreichen, drängenden Fragen und existenziellen Probleme der Menschheit zu finden. Dazu gehören globale Umweltprobleme und Verlust biologischer Vielfalt, Wegwerfgesellschaft und Ressourcenverschwendung, Bevölkerungswachstum, Flüchtlinge und Migration, Menschenrechte in einer globalisierten Welt, globale Disparitäten, Folgen der Digitalisierung, Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz, zunehmende kommerzielle und staatliche Überwachung sowie zunehmende Fähigkeiten zur Manipulation der öffentlichen Meinung.

Die meisten Herausforderungen verlangen ein Denken in längerfristigen,

wechselseitigen Zusammenhängen, d. h. die Entwicklung systemischer Denkkompetenzen, den Umgang mit Komplexität und die Analyse von Zusammenhängen und komplexen Beziehungsgefügen. Unter allen Schulfächern leistet die Geographie aufgrund der integrativen Konzeption des Faches mit seiner Schnittstelle zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaft den größten Beitrag zur Entwicklung von vernetztem Denken bei hochkomplexen Problemen. Die Stärke der Geographie liegt in der Verbindung der naturwissenschaftlichen Physischen Geographie mit der gesellschaftswissenschaftlich ausgerichteten Anthropogeographie (Wirtschafts- und Sozialgeographie). Dementsprechend eignet sich das interdisziplinäre Fach Geographie in hervorragender Weise für alle Themen rund um das wichtige Zukunftsthema nachhaltige Entwicklung.

### **Gemeinschaftskunde ist in der Landesverfassung verankert**

Die neue Oberstufe ist aus Sicht der politischen Bildung höchst kritikwürdig. Um bei den Schüler/innen Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu vermitteln, benötigt das in der Landesverfassung verankerte Schulfach Gemeinschaftskunde genügend Zeit. Zwei Pflichtwochenstunden im ersten Halbjahr und zwei im kürzeren vierten Halbjahr der Kursstufe reichen für dieses anspruchsvolle Ziel nicht aus. Die Einführung der sogenannten Kombinationsprüfung, d. h.

eine gemeinsame mündliche Abiturprüfung in Gemeinschaftskunde und Geographie, ist befremdlich: Es gibt kein überzeugendes Sachargument, um den Gymnasialschüler/innen in Baden-Württemberg eine eigenständige mündliche Prüfung in Gemeinschaftskunde oder Geographie zu verwehren.

In der neuen Oberstufe können Schüler/innen alle drei Leistungskurse aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich wählen, ebenso alle drei aus dem sprachlich-künstlerischen Bereich (z. B. Mathematik/Physik/Chemie bzw. Deutsch/Englisch/Französisch). Im Gegensatz dazu ist maximal ein gesellschaftswissenschaftlicher Leistungskurs erlaubt. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte das Recht erhalten, zumindest zwei der drei Leistungskurse aus einem der drei Fächerbereiche zu wählen. Die Benachteiligung von Schüler/innen mit Interesse an Geographie, Politik bzw. Gesellschaft, Geschichte und Ethik/Religion ist nicht akzeptabel. Akzeptanz von Vielfalt sieht anders aus.

In einer Pressemitteilung vom 6. September 2018 mit dem Titel „Demokratiebildung ist wichtiger denn je“ sagt Kultusministerin Susanne Eisenmann: „Entscheidungen demokratischer Institutionen werden immer häufiger kritisch hinterfragt und haben ein zunehmendes Akzeptanzdefizit“. Die neue Oberstufe und die Entwicklung des Qualitätskonzeptes für das Bildungssystem in Baden-Württemberg mit Schaffung zweier neuer Bildungsinstitute

basieren allerdings auf völlig intransparenten Entscheidungsfindungsprozessen – ohne ergebnisoffene und öffentliche Diskussionen. Die fragwürdige Art und Weise, wie weitreichende Beschlüsse im baden-württembergischen Bildungsbereich getroffen werden, ist ein wesentlicher Grund für Kritik und Akzeptanzdefizite bei bildungspolitischen Entscheidungen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Landesregierung kritische Reflexion als wichtiges Qualitätsmerkmal guter politischer Praxis verstehen würde. Durchdachte Beteiligungskonzepte bieten viele Vorteile. Bei der Gestaltung eines Bildungssystems kommen sie aber bislang nicht zum Einsatz.

### Gemeinsame Erklärung

Die fehlende Akzeptanz bei der Oberstufenreform wird auch durch eine „gemeinsame Stellungnahme zur Oberstufenreform“ deutlich. Gezeichnet ist diese Erklärung vom Verband der Schulgeographen, der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, dem Landesschülerbeirat, der GEW Baden-Württemberg und der ARGE (Gymnasium) Tübingen. In dieser Stellungnahme wird die Gleichbehandlung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit den Fremdsprachen und den Naturwissenschaften gefordert. Auch eine ernsthafte Beteiligung von Fachverbänden, Eltern und Schüler/innen wird erwartet. ■

#### Dr. Martin Lindeboom

Mitglied im Vorstand des DVPB und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen



Landesverband Baden-Württemberg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)  
**Weitere Informationen:**  
[www.dvpb-bw.de](http://www.dvpb-bw.de)

## Forderungen auf dem GEW-Gymnasialtag



Foto: imago

„Friedensbildung, Erziehung zur Demokratie, politische und ethische Bildung dürfen in der neuen Oberstufe nicht hinter Naturwissenschaften und Fremdsprachen zurückstehen“, dies forderten Mitte Februar 2019 die Teilnehmer/innen des GEW Gymnasialtages in Stuttgart. Auf der landesweiten Tagung der Fachgruppe Gymnasien nahmen die Lehrkräfte die neuen Regelungen für die reformierte Oberstufe eingehend und kritisch unter die Lupe. Obwohl viele Vorstellungen der GEW erfüllt wurden, z.B. die Rückkehr zu Leistungs- und Basiskursen, ist nicht alles gut. Neben der offensichtlichen Deklassierung der Gesellschaftswissenschaften ist zu erwarten, dass die Angebotsvielfalt leidet. Probewahlen an vielen Schulen haben gezeigt, dass die neuen Regelungen zu einer Konzentration auf die Kernfächer führen und Leistungsfächer z.B. in Französisch, Geographie oder Physik eher selten zustande kommen. Um die gewohnte Vielfalt (und damit Qualität!) zu erhalten, müssten sehr kleine Kurse gebildet werden können. Doch dies ist nach dem geltenden Organisationserlass nicht möglich. Für ein

vielfältiges Kursangebot in der Oberstufe müssten mehr Lehrkräfte eingestellt werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Schularten, stehen im Gymnasium ausgebildete Bewerber/innen zur Verfügung.

Auf dem Gymnasialtag wurde ein umfangreiches Thesenpapier entworfen, in dem unter anderem die Begrenzung der Anzahl der Schüler/innen pro Kurs sowie eine Entlastung für die Bewältigung der insgesamt deutlich höheren Anzahl an mündlichen Prüfungen gefordert wird. Weiterhin sind eine Entlastung für die Organisation und eine Begrenzung der Anzahl der Prüfungen pro Tag notwendig. Im schriftlichen Abitur müssen die Korrekturzeiträume realistisch gesetzt werden: Eine landeseinheitliche Regelung zur transparenten und angemessenen Vergabe bei Entlastungstagen wäre unbedingt wünschenswert.

**Barbara Becker**

Landesfachgruppe Gymnasium